

02.12.2010

Schluss mit Panikmache und Aktionismus bei den Beamtenpensionen

Professor Raffelhüschen von der "Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft" hat wieder zugeschlagen, um medienwirksam eine Neiddebatte gegen Beamtenpensionäre zu schüren. Wie immer, wird schnell der Ruf nach drastischen Pensionskürzungen zur Haushaltssanierung laut.

Populistische Forderungen und Aktionismus tragen bekanntlich nicht zur Versachlichung der Diskussion bei und bringen uns einer Lösung im Sinne einer nachhaltigen Sicherung der Beamtenversorgung keinen Schritt weiter. Neiddebatten gehen nur auf Kosten derer, die in Verwaltung und Betrieben dem Staat einen wichtigen und unverzichtbaren Dienst leisten und Tag für Tag für das Funktionieren unseres Gemeinwesens sorgen.

Das Professor Raffelhüschen sein Geld auch als Berater der privaten Versicherungswirtschaft verdient, macht ihn nicht glaubwürdiger, wenn er bei Renten und Pensionen Einschnitte fordert, die dann zusätzlich privat versichert werden müssen.

Dass die Versorgungsausgaben in den kommenden Jahren steigen werden, ist nicht neu und wurde in Versorgungsberichten detailliert prognostiziert. Es trifft auch nicht zu, dass bisher gar nichts geschehen wäre. Bereits seit 2005 ist in Bremen für künftige Versorgungsausgaben eine Versorgungsrücklage gebildet worden, die Beamtinnen und Beamte durch Einkommensverzichte im Wesentlichen selbst finanzieren.

Alle Rentenkürzungen der letzten Jahre wurden wirkungsgleich auf das System der Beamtenversorgung übertragen. Maßnahmen wie die verordnete Absenkung des Versorgungsniveaus um 3,25 Prozentpunkte durch das Versorgungsänderungsgesetz 2001 oder 2005 die ersatzlose Streichung des Urlaubsgeldes und Kürzungen beim Weihnachtsgeld haben bei Pensionären, Beamtinnen und Beamten zu spürbaren Einkommenseinbußen geführt. Einige Verwaltungsgerichte meinen sogar, sie seien inzwischen von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt und würden nicht mehr verfassungsgemäß alimentiert. Jetzt also so zu tun, als drohten die verdienten Pensionen der Beamtinnen und Beamten die öffentlichen Haushalte zu sprengen, ist nichts als überflüssige Panikmache, die jeder sachlichen Grundlage entbehrt.

Die verantwortlichen Politiker haben zu lange sehenden Auges den steigenden Versorgungsausgaben zugesehen und vermeintlich kostengünstige Verbeamtungen vorangetrieben. Für die Finanzierung der Pensionen gab es allerdings keinen Plan.

Der DGB begrüßt jeden ernst zu nehmenden Reformvorschlag zur Sicherung der Altersversorgung. Die Reformen müssen den Lebensunterhalt im Alter angemessen sichern und die erbrachte Lebensleistung anerkennen.

Notwendige Reformschritte dürfen keinesfalls an bisher erworbenen Ansprüchen und Versorgungsanswartschaften rütteln. Der DGB tritt für den Erhalt der eigenständigen Beamtenversorgung ein. Sie ist an den verfassungsrechtlich existierenden Beamtenstatus geknüpft.

DGB Bremen



Verantwortlich:
Annette Düring
Vorsitzende

Bahnhofsplatz 22-28
28195 Bremen

Telefon 0421 – 335760
Telefax 0421 - 3357660

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Material